

BESCHLUSSVORLAGE-NR. 47/2023-645

Windmühlenstadt Woldegk

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Amt/Geschäftszeichen

Amt Woldegk / Bürgermeister

.....
Datum / Reimann (LVB)

.....
Kenntnis: Dr. Lode (BM)

Beschluss

Die Stadtvertreter der Stadt Woldegk fordern Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und die Bundestagsabgeordneten des Landes Mecklenburg-Vorpommern eindringlich auf, sich im parlamentarischen Verfahren zum Bundeshaushalt 2024 gegen die massiven Kürzungen des wichtigsten Förderinstruments für den ländlichen Raum, den Bundesmitteln für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) auszusprechen und nachhaltigen Schaden für die Entwicklung der Gemeinden und der Agrarwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern abzuwenden.

Problembeschreibung/Begründung

Konsterniert haben wir am 5. Juli 2023 zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Kabinettsbeschluss des Bundeshaushalts 2024 im Bereich der GAK eine Kürzung in Höhe von 293 Millionen Euro vorsieht. Massiv betroffen ist u.a. der Sonderrahmenplan ländliche Entwicklung, der komplett gestrichen werden soll, daneben sind aber auch Kürzungen des allgemeinen Rahmenplans in Höhe von fast 57 Millionen Euro vorgesehen. Für Mecklenburg-Vorpommern wäre dies ein Minus von mehreren Millionen Bundesfördermitteln. Aufgrund der Vorgaben zur verpflichtenden Kofinanzierung des Landes und aufgrund der Tatsache, dass durch den Einsatz von GAK-Mitteln vielfach der Kofinanzierungsanteil für Maßnahmen des Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) erbracht wird, ist ein Verlust auch von Eu-Fördermitteln zu befürchten. Finanzielle Mittel, die dem ländlichen Raum und damit auch uns als Gemeinde nicht mehr zur Verfügung stünden. Damit sehen wir die Gefahr des Stillstands und der Rückentwicklung.

Die Bundespolitik würde sich weiter aus ihrer im Grundgesetz verankerten Verantwortung zurückziehen, gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet zu schaffen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium selbst informiert auf seiner Internetseite über die GAK als „das wichtigste nationale Förderinstrument für eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete und wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft, den Küstenschutz sowie vitale ländliche Räume“. Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition heißt es ausdrücklich auf Seite 128: *„Bund und Länder sind gleichermaßen in der Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen. Gezielt zu diesem Zweck werden wir die Mittel von GRW und GAK jährlich dynamisch erhöhen. Der Sonderrahmenplan „Ländliche Entwicklung“ wird aufgestockt und ausgebaut“.* Statt der vereinbarten Aufstockung erfolgte allerdings bereits für 2023 eine erhebliche Kürzung der GAK-Mittel von insgesamt 224 Millionen Euro. Nun sollen die Mittel noch weiter zurückgefahren werden.

Wir sind tief enttäuscht und fordern Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und die Bundestagsabgeordneten unseres Landes auf, diese kurzsichtige und falsche Entscheidung zu korrigieren! Eine Kürzung der GAK-Mittel wird nicht nur nachhaltigen Schaden in der Entwicklung des ländlichen Raumes anrichten. Der Anspruch der Politik an die Menschen im ländlichen Raum und an die Gemeinden in Hinblick auf die Herausforderungen des Klimawandels kann nicht nur durch gesetzliche Ver- und Gebote manifestiert werden, sondern erfordert gleichermaßen, den erforderlichen finanziellen Rahmen zu schaffen und diesen aus- statt abzubauen.

Immer mehr bürokratische Anforderungen, Inflation und Fachkräftemangel lassen die Investitionskosten seit Jahren steigen, so dass mit den bereitgestellten Fördermitteln immer weniger Vorhaben umgesetzt werden können.

Grundlegende Maßnahmen für die Daseinsvorsorge, z.B. der Bau von Kitas und Schulen, sind ohne umfangreiche Fördermittel gar nicht denkbar. Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir selbst hat z.B. noch Anfang Juni eine mit ELER- und GAK-Mitteln errichtete Kita in Bernitt bei Bützow besichtigt und gelobt, um keinen Monat später genau dort den Rotstift anzusetzen. Wie passt dies zusammen?

Wir sehen uns als Gemeinde den Herausforderungen des Klimawandels und den Forderungen der Politik zur Umsetzung und Beachtung von Klimaschutzmaßnahmen bei sämtlichen gemeindlichen Entwicklungsmaßnahmen gegenüber – wie soll das gehen, wenn die Bereitschaft des Bundes zur anteiligen Finanzierung, geschweige denn zur eigentlich erforderlichen Aufstockung der Mittel offensichtlich nicht vorhanden ist?

Die Landwirtschaft ist in Mecklenburg-Vorpommern ein bedeutender Wirtschaftszweig, viele Agrarunternehmen bringen sich gemeinwohlorientiert in ihre Gemeinden ein und sind verlässlicher Partner. Die Kürzung der GAK-Mittel würde die Branche hart treffen, der geplante Wegfall des Sonderrahmenplans Ökolandbau und Biologische Vielfalt ist widersprüchlich zu den immer wieder propagierten Forderungen der Politik nach mehr Umwelt- und Naturschutz in der Landwirtschaft.

Die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) ist nun nicht mehr von Kürzungen betroffen. Wir erwarten von der Politik, auch hinsichtlich der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes die gleiche Weitsicht an den Tag zu legen und die GAK im notwendigen Umfang auszustatten!

Beratungsfolge	Termin	Anwesen- heit	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthal- tungen	Mitw.-verb. § 24 KV	Bemerkung	Unterschr. Vorsitz.
Stadtvertretung	06.09.2023	/ 16						

Woldegk, den

(Dienstsiegel)

Dr. Lode
Bürgermeister